

Gesundheit braucht Politik

verein
demokratischer
ärztinnen und
ärzte



Zeitschrift für eine soziale Medizin

Nr. 3/2021 | Solibeitrag: 5 Euro



COVID-19 Pandemie der Ungleichheit

- 3 Editorial
- 4 Ben Wachtler: Die Pandemie der Ungleichheit. Über die soziale Bedingtheit von COVID-19
- 7 Anne-Sophie Windel, Hannah Gajsar und Amma Yeboah: Kein Betroffenheitswettkampf. Die COVID-19-Pandemie aus gendermedizinischer Perspektive
- 12 Andreas Wulf: Verschärfung der globalen Ungleichheit ... nicht nur beim Zugang zu Impfstoffen
- 14 Phil Dickel »Mehr Luft, mehr Licht!« - Tod in Hamburg. Cholera und Corona im armen Teil der Hansestadt
- 16 Christoph Butterwegge: Wer arm ist, muss eher sterben. Corona, Armut und Gesundheit
- 18 Eva Klotz, Barbara Niedermaier und Lena Rummel (CABL eV): Nicht nur von Krankheit bedroht. Menschen ohne Papiere in der Corona-Pandemie
- 21 Keine Seuchenpolizei mehr. Heidrun Nitschke im Gespräch über den Öffentlichen Gesundheitsdienst in der HIV- und der Corona-Pandemie
- 26 Alexandra Sarah Lang: Der ÖGD in der Pandemie. Bericht über die ÖGD-Veranstaltung des vdää
- 28 Stefan Schoppengerd: Mehr Personal und TVÖD für alle, JETZT. Der Streik der Beschäftigten von Charité und Vivantes
- 30 Lektüreeempfehlungen von dies- und jenseits des Tellerrands
- 31 Spendenaufruf: Investition in die Zukunft kritischer Gesundheitspolitik

Gesundheit braucht Politik – im Abonnement

Die Zeitschrift des vdää ist inhaltlich längst mehr als eine reine Vereinszeitschrift. Die vier Hefte pro Jahr widmen sich jeweils einem gesundheitspolitischen Schwerpunktthema und finden mittlerweile weit über den Verein hinaus Gehör. Vereinsmitglieder bekommen die Zeitschrift kostenfrei zugesandt.

Wer nicht Vereinsmitglied ist, hat die Möglichkeit, die »Zeitschrift für eine soziale Medizin« zum Preis von 26 Euro oder als Student*in für 10 Euro im Jahr zu abonnieren.

Ein Probeabo besteht aus zwei Ausgaben und kostet ebenfalls 10 Euro.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle:
info@vdaae.de

Der vdää

ist bundesweit und in Regionalgruppen organisiert; er setzt sich für eine soziale Medizin, für die Demokratisierung der Gesundheitsversorgung und der Strukturen der ärztlichen Standesvertretung ein. Er nimmt Einfluss auf die Gesundheitspolitik und unterstützt den Widerstand gegen die Ökonomisierung der Medizin.

Sollten Sie von uns informiert werden wollen, so setzen Sie sich bitte mit unserer Geschäftsstelle in Verbindung. Gerne können Sie sich auch online über den vdää-Newsletter auf dem Laufenden halten. Die Zeitschrift »Gesundheit braucht Politik« ist die Vereinszeitung, die viermal jährlich erscheint. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Vereinsmeinung wieder.

Redaktion

Felix Ahls, Elena Beier, Thomas Kunkel, Nadja Rakowitz, Cevher Sat, Stefan Schoppengerd, Rafaela Voss, Ben Wachtler, Bernhard Winter

Impressum

Gesundheit braucht Politik 3/2021
ISSN 2194-0258
Hrsg. vom Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte
V.i.S.d.P. Felix Ahls / Thomas Kunkel / Bernhard Winter

Bilder dieser Ausgabe

Titelbild: European Vaccination Information Portal; National Institute for Health Care Management (NIHCM) Foundation; Pan American Health Foundation; European Parliament; European Centre for Disease Prevention and Control; United Nations

Geschäftsstelle:

Kantstraße 10, 63477 Maintal
Telefon 0 61 81 – 43 23 48
Mobil 01 72 – 1 85 80 23
Email info@vdaae.de
Internet www.vdaae.de/
gbp.vdaae.de/

Bankverbindung:

Triodos Bank
IBAN:
DE05500310001076050003
BIC: TRODDEF1XXX

Satz/Layout Birgit Letsch
Druck Hoehl-Druck

Editorial

Liebe Leser*innen,
die gute Nachricht zuerst: So wie es aktuell aussieht, werden wir die diesjährige Jahreshauptversammlung nicht im Internet machen, sondern als physisches Treffen in Berlin. Die Abwägung vom Wert »echter Kommunikation« gegen Risiko und Aufwand für Hygienemaßnahmen hat uns zu dem Schluss kommen lassen, dass wir es mit Auflagen wieder versuchen können. Zurück also zur Normalität? Oder besser gesagt, zu dem Teil der Normalität, der gut und verteidigungswert war und ist.

Und der Rest? »Pandemie der Ungleichheit« haben wir dieses zweite Heft zu COVID-19 betitelt. Und damit sind wir mittendrin in der von uns kritisierten und bekämpften Normalität. Ben Wachtlers Aufsatz leitet ein und zeigt, dass das Risiko für eine Infektion und einen schweren klinischen Verlauf wesentlich von den sozialen Determinanten der Gesundheit abhängt, dabei bekannten Mustern gesundheitlicher Ungleichheit folgt und diese potentiell weiter verschärft wird.

Weltweit stellte sich schnell heraus, dass People of Color (POC) sowohl bei den bestätigten Fällen als auch bei den Hospitalisierungen und Sterbefällen in Zusammenhang mit COVID-19 deutlich überrepräsentiert waren und dass ein Teil dieser Unterschiede auf Ungleichheit im sozioökonomischen Status zurückzuführen ist, die wiederum durch die systematische und strukturelle Ungleichverteilung von Macht und Ressourcen innerhalb einer Gesellschaft bedingt ist. Allerdings sind gesundheitliche Ungleichheiten nach Ethnizität nicht allein darauf zurückzuführen, sondern weisen weitere spezifische Muster rassistischer Diskriminierung auf, die über die Diskriminierung in Bezug auf materielle Ressourcen und gesellschaftlichen Status hinausgehen. Zu diesem so wichtigen Zusammenhang wollten wir auch einen eigenen Text in diesem Heft haben, der uns auch fest zugesagt war. Leider erkrankte die Autorin und sagte kurz vor Redaktionsschluss ab, so dass wir auf die Schnelle keinen adäquaten Ersatz dafür finden konnten. Wir sind uns der Lücke bewusst und hoffen, einen solchen Text in einer der nächsten Ausgaben nachreichen zu können.

Dass die Pandemie auch Genderaspekte aufweist, zeigen Anne-Sophie Windel, Hannah Gajsar und Amma Yeboah in ihrem Text. Phil Dickel vergleicht die Erfahrungen der Poliklinik Veddel in Hamburg mit Corona mit den historischen Erfahrungen in den armen Teilen der Hansestadt während der Cholera-Epidemie mit fast 10.000 Toten, von denen die meisten aus der Arbeiter*innenklasse stammte. Dieser verheerende Ausdruck der zunehmenden Klassenspaltung der Gesellschaft führte damals zu großen sozialen Bewegungen, die Phil Dickel schließen lassen mit der Hoffnung, dass es in der kommenden Post-COVID-Phase ebenfalls zu neuen sozialen Bewegungen und Kämpfen kommen wird, die die organisierte Verantwortungslosigkeit im Kapitalismus in Frage stellen und die sozial-ökologische Transformation vorantrei-

ben. Ein Thema, dem sich auch das diesjährige Gesundheitspolitische Forum widmen wird...

Christoph Butterwegge dekliniert uns noch einmal im Konkreten vor, wie sich der Zusammenhang von Corona, Armut und Gesundheit in Deutschland darstellt; Eva Klotz, Barbara Niedermaier und Lena Rummel zeigen dies an einer besonders vulnerablen Gruppe, den Menschen ohne Papiere. Diese sind in der Corona-Pandemie nicht nur von Krankheit bedroht, sondern auch von der Übermittlungspflicht von medizinischen und öffentlichen Institutionen. Die Autorinnen verweisen auf eine auch vom vdää unterstützte »Petition gegen die Übermittlungspflicht §87 Aufenthaltsgesetz«, um den Zugang zu medizinischer Versorgung ohne die Angst vor Abschiebung zu ermöglichen.

Dies ist auch ein Aspekt im Gespräch mit Heidrun Nitschke über den Öffentlichen Gesundheitsdienst in der HIV- und der Corona-Pandemie. Vor allem aber geht es hier wie auch in der ÖGD-Veranstaltung des vdää, über die Alexandra Sarah Lang im Anschluss berichtet, darum, wie der ÖGD verbessert werden könnte und wie die guten Erfahrungen und Praxen, die dort in der HIV- und in der COVID-Pandemie gemacht wurden, verstetigt und an die nächsten Generationen weiter vermittelt werden können.

Global stellte sich die Frage der Ungleichheit schon früher viel brutaler; mit der Pandemie wird es aber noch schlimmer: Andreas Wulf zeigt, dass sich die globale Ungleichheit mit COVID verschärft und zwar nicht nur beim Zugang zu Impfstoffen, sondern vor allem wegen der ökonomischen Folgen der Lockdowns, der Wirtschafts- und Verschuldungskrisen, die eine weitere Abwärtsspirale in Gang setzen, wenn es nicht größte Widerstände dagegen und grundsätzliche Änderungen an der weltweiten Verteilung des Reichtums geben wird. Auch dies kein Job, mit dem wir die Menschen im globalen Süden alleine lassen können. Hier sind auch wir gefragt. Rückkehr zur Normalität verbietet sich.

Zuletzt berichtet Stefan Schoppengerd vom Streik der Beschäftigten von Charité und Vivantes, die bei Drucklegung bei Tag 21 angelangt waren, ohne dass die Arbeitgeber*innen sich wesentlich auf sie zubewegt haben. Der Kampf um andere Regeln in der Daseinsvorsorge, ob bei Gesundheit oder auch beim Wohnen, gewinnt im Spätsommer 2021 eine neue Qualität – zumindest in Berlin. Dass die Mehrheit der Wähler*innen in Berlin der Forderung nach Enteignung großer Immobilienkonzerne wie »Deutsche Wohnen« zugestimmt haben, hat historische Qualität und ist auch für unsere Kämpfe im Gesundheitswesen bedeutsam. Vielleicht bedeutsamer als die Ergebnisse der Bundestagswahl...

Darüber können wir dann bei der JHV streiten. Wir freuen uns auf Euer Kommen und wünschen gute Lektüre.